

## **Wirtschaftspolitik für ein anderes Europa**

### **Eröffnungsbeitrag auf dem Alternativen Ecofin am 5. April 2006 in Wien**

Jörg Huffs Schmid, Bremen

Nachdem die Menschen in Frankreich und in den Niederlanden vor gut 10 Monaten den Entwurf für einen Verfassungsvertrag durch Volksabstimmungen abgelehnt hatten, schlug die Europäische Kommission vor, in eine „Zeit der Reflexion“ einzutreten. Das war ein vernünftiger Vorschlag. Eine Denkpause nach einem Debakel gibt Gelegenheit, darüber nachzudenken und zu diskutieren, was falsch gelaufen ist und zu der für die politischen Eliten überraschenden Abstimmungsniederlage geführt hat. Sie gibt auch Zeit, über das unmittelbare Tagesereignis hinaus längerfristige Entwicklungen und Fehlentwicklungen zu bedenken, z.B. die Frage: Woran liegt es, dass die Identifikation der Menschen mit dem „europäischen Traum“ abgenommen hat und die Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament von Periode zu Periode geringer geworden ist? Welche Fehler haben bewirkt, dass die nach 40 Jahren Kaltem Krieg neu auf die politische Tagesordnung gerückte Perspektive eines geeinten Gesamteuropas von vielen Menschen nicht als großer historischer Fortschritt, sondern als existenzielle Bedrohung empfunden wird? Und nicht zuletzt: Was hat dazu geführt, dass die Europäische Union ihre wirtschaftlich, sozial und ökologisch ehrgeizigen Ziele nicht erreicht hat und statt zur stärksten zur schwächsten Region unter den entwickelten Industrieländern geworden ist? Alles wichtige Fragen, die in einer ernsthaften Denkpause bedacht werden können.

Leider geschieht dies aber nicht, jedenfalls nicht von Seiten der Kommission. Sie betrachtet die Denkpause vielmehr als die Zeit, in der darüber nachzudenken ist, wie man den Menschen die im übrigen unveränderte Politik besser erklärt und nahe bringt. In ihrer Sicht ist nichts falsch gelaufen außer dass die Leute die richtige Politik nicht verstanden und daher nicht mitgemacht haben. Die Aufgabe lautet daher nicht Analyse und Korrektur der Fehler, sondern bessere Vermittlung der richtigen und keiner Korrektur bedürftigen Politik. Daher wundert es auch nicht, dass auf das gescheiterte Lissabon Programm von 2000 eine neue abgespeckte Erneuerung des gleichen Programms im Jahre 2005 folgte; dass Liberalisierung, Marktöffnung und Privatisierung unbeeindruckt von bisherigen Ergebnissen und zunehmender Kritik weiter betrieben und gegen die Massenarbeitslosigkeit nach wie vor in erster Linie niedrigere Löhne, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Disziplinierung der Arbeitslosen empfohlen werden.

Dieser politische und ideologische Starrsinn wird jedoch nicht aufgehen, und er wird die Entfremdung der Menschen von der EU nicht vermindern, sondern vertiefen. Auch die europäischen Institutionen und die Regierungen der Mitgliedsländer müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Krise der EU keine Vermittlungskrise, sondern das Ergebnis falscher Politik, oder vorsichtiger formuliert, das Ergebnis einer Politik ist, die ihre öffentlich erklärten Ziele nicht erreicht hat und nicht erreichen konnte. Die Frage, was falsch gelaufen ist, muss seriöser gestellt werden, und diese Konferenz bietet hierzu eine gute Gelegenheit.

Ich will im folgenden auf drei große Fehlentwicklungen in der wirtschafts- und sozialpolitischen Orientierung der EU hinweisen und Wege zu ihrer Korrektur zumindest andeuten. In diese Fehlentwicklungen ist die EU nicht mehr oder weniger unfreiwillig oder unbewusst hineingeschliddert, sondern sie sind Ergebnisse bewusster politischer Entscheidungen

1. Die erste ***verhängnisvolle Fehlentwicklung ist der Übergang zu einer Marktöffnung ohne gemeinsame Standards und Regeln***. Er begann 1985 mit der Vorlage des „Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes“. Darin vollzog die EU eine ausdrückliche Abkehr von ihrer bisher vertretenen Position, die in der Forderung bestand, dass die Öffnung der Märkte zwischen die Mitgliedsländern mit einer Angleichung (oder Harmonisierung) ihrer Rechtsvorschriften und Standards einhergehen sollte. Diese „positive Integration“ durch die gemeinsame Gestaltung des Binnenmarktes ging der Kommission (und dem Ministerrat) nicht schnell genug. Sie schlug daher vor, dass in Zukunft statt des Prinzips der Harmonisierung das der „gegenseitigen Anerkennung“ unterschiedlicher Vorschriften und Regeln gelten sollte. Dabei hat die Politik keinen gemeinsamen europäischen Gestaltungsanspruch mehr, sondern beschränkt sich darauf, die Marktschranken zwischen den MGL zu beseitigen (daher „negative Integration“). Unternehmen, die in einem Land nach den dortigen Vorschriften Güter und Dienste anbieten, dürfen dies auch in allen anderen Ländern der EU, auch wenn dort andere Vorschriften gelten.

Dieser von der Kommission selbst als „revolutionär“ bezeichnete Methodenwechsel in der Integrationspolitik wurde damals und wird heute als Bürokratieabbau verkauft. Das klingt sympathisch. Aber er hatte gravierende Konsequenzen. Er setzte einen Deregulierungsschub – „die größte Deregulierung in der Wirtschaftsgeschichte“ wie ein ehemaliges Kommissionsmitglied es nannte – in Gang, der den Charakter der ökonomischen Konkurrenz grundlegend verändert hat. An die Stelle der Konkurrenz von Unternehmen in einem Rahmen gemeinsamer Regeln tritt zunehmend die Konkurrenz der Regeln selbst, oder genauer: die Konkurrenz

der Staaten um die Präsenz und Aktivität der Unternehmen, und diese Konkurrenz wird mit der Anpassung der staatlichen Gesetze und Regeln an die Interessen der Unternehmen geführt. An die Stelle des **ökonomischen Leistungswettbewerbs**, bei dem Unternehmen Vorteile durch Verbesserungen der Produktqualität, technologische, organisatorische, oder sonstige Innovationen erzielen, tritt der **Standortwettbewerb**, bei dem die innovative Leistung der Unternehmen darin besteht, „ihre“ jeweiligen Regierungen unter Druck zu setzen und mit der Drohung der Kapitalverlagerung zu verlangen, dass die Gewinnsteuern herabgesetzt (oder abgeschafft), die Sozialabgaben gekürzt, das Arbeitsrecht „gelockert“ und öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden. Diese „neue“ Binnenmarktphilosophie ist die europäische Version der Deregulierungswelle, die seit den 1970er Jahren die Welt überzieht, mittlerweile aber immer mehr auf Kritik, Protest und Widerstand stößt. Dies ist auch die Substanz der Dienstleistungsrichtlinie, die zwanzig Jahre nach dem Weißbuch dessen Programm jetzt endgültig vollenden soll.

2. Die zweite gravierende wirtschaftspolitische Fehlentwicklung der EU bestand in der **Abkehr von der Konzeption einer gesamtwirtschaftlichen Steuerungs politik**, die den Anspruch und die Aufgabe hat, den Schwankungen und Krisentendenzen kapitalistischer Systeme mit den Mitteln der Geld- und Finanzpolitik entgegenzuwirken. Diese Abkehr war insoweit konsequent, als es in der Sicht einer marktradikalen Position keine längerfristigen Instabilitäten und Krisentendenzen gibt. Wirtschaft funktioniert nachdem neoliberalen Credo dann am besten, wenn alles Eigentum privat, alle Märkte offen und die Preise stabil sind. Nur um diese drei Bedingungen hat Wirtschaftspolitik sich zu kümmern: durch Privatisierung und unbedingten Schutz des privaten Eigentums, durch Marktöffnung und Wettbewerbspolitik und durch eine Geldpolitik, die sich ausschließlich am Ziel der Preisstabilität ausrichtet. Der Staatssektor ist auf die unumgänglichen öffentlichen Aufgaben zu beschränken, deren Unumgänglichkeit im übrigen Schritt für Schritt in Frage gestellt und zurückgedrängt wird. Staatsschulden sind zu vermeiden, weil sie inflationstreibend wirken. Diese fundamentalistische Beschränkung der Geldpolitik auf Preisstabilität und der Fiskalpolitik auf Haushaltsausgleich hat das wirtschaftliche Wachstum in den meisten Ländern der EU, allen voran Deutschland, massiv beschränkt und zum langfristigen Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen, unter der die EU heute leidet.

3. Der dritte Fehler der Wirtschaftspolitik ist die **Enthaltensamkeit bei der Sozial- und der Minimalismus bei der Struktur- und Regionalpolitik**. Entfesselte Standortkonkurrenz und der

makroökonomische Bremskurs haben einen enormen Druck auf die soziale Lage in den Mitgliedsländern erzeugt und zu scharfen Polarisierungen geführt. Als Folge ist die Armut in der EU insgesamt wieder gestiegen. 16% der Menschen in der EU leben mit dem Armutsrisiko, bei Kindern liegt die Zahl bei skandalösen 19%.. Die regionalen Ungleichgewicht in vielen Ländern haben zugenommen und insbesondere in den Beitrittsländern sind die sozialen Gegensätze, trotz der schnelleren gesamtwirtschaftlich Entwicklung sehr viel schärfer geworden. Hier hätte eine Union, die das Ziel verfolgt, den sozialen Zusammenhalt, die vielbeschworene europäische Solidarität zu stärken, energisch eingreifen und gegensteuern müssen. Dies ist bei der Sozialpolitik gar nicht und bei der Strukturpolitik nur sehr unzureichend geschehen. Die Sozialpolitik bleibt nach wie vor fast ausschließlich Angelegenheit der Mitgliedsstaaten, die sich ihrerseits überwiegend für nicht in der Lage erklären, dem polarisierenden Druck der Konkurrenz entgegenzutreten. Dass diese Aussage nicht stimmt, dass es sehr wohl Spielräume für eine andere Politik gibt, zeigt die beeindruckende Ausnahme der skandinavischen Länder, die trotz starken neoliberalen Deregulierungsdruckes von außen ein leistungsfähiges und solidarisches Sozialmodell weitgehend durchhalten können.

Wenn der wirtschaftspolitische Mainstream sich nicht an diesen positiven Beispielen, sondern mehr am angelsächsischen Modell orientiert und dieses auf europäischer Ebene durchsetzen will, dann zeigt dies, dass es nicht objektive Zwänge der Globalisierung oder der Weltmarktkonkurrenz sind, die eine solche Politik unvermeidbar machen. Es handelt sich vielmehr um politische Optionen, hinter denen Interessen stehen und zu denen es Alternativen gibt. Die vorherrschende neoliberale Politik produziert vor allem drei Wirkungen: Erstens treibt sie – in gesamtwirtschaftlicher Perspektive - die europäische Wirtschaft in einen *Teufelskreis* von Wachstumsschwäche, hoher Arbeitslosigkeit und Umverteilung von unten nach oben, deren Elemente sich gegenseitig verstärken: Schwaches Wachstum treibt die Arbeitslosigkeit nach oben, und hohe Arbeitslosigkeit macht es den Gewerkschaften schwer, sozial und ökonomisch vernünftige Lohnsteigerungen durchzusetzen. Das schlägt sich negativ auf den privaten Verbrauch und – da dieser das größte Element der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ist – auf das Wachstum nieder. Die nächste Runde beginnt usw. Zweitens überzieht die neoliberale Politik – in sozialpolitischer Perspektive – die Menschen in Europa mit einer umfassenden sozialpolitischen *Gegenreform*, in deren Verlauf die sozialen und demokratischen Fortschritte der erste 25 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg Schritt für Schritt zurückgedrängt und liquidiert werden sollen. Den durch die Punkte 1 u d 2 verursachten Schäden für die gesamtwirtschaftliche Stabilität und den sozialen Zusammenhalt stehen aber drittens – in verteilungspoli-

tischer Perspektive – *enorme Gewinne für eine kleine Gruppe transnationaler Konzerne, Finanzinvestoren und superreicher Personen* gegenüber Sie profitieren vom neoliberalen Roll-back und können sich den gesamtwirtschaftlich und sozial schädlichen Rückwirkungen durch verstärkte internationale Expansion entziehen. Die Profitquoten und -raten sind in den letzten beiden Jahrzehnten – über alle konjunkturellen Schwankungen hinweg – drastisch gestiegen. Weil es wegen der allgemeinen Nachfrageschwäche nicht genügend Gelegenheit für rentable produktive Investitionen gab und gibt, haben sich am oberen Ende der Einkommenspyramide große Mengen liquider Mittel angesammelt, die ihr Glück auf den internationalen Finanzmärkten versuchen und hierdurch zur Instabilität der Weltwirtschaft und den Exzessen der Finanzspekulation beitragen.

Anhaltende Wachstumsschwäche und Massenarbeitslosigkeit, rasante Umverteilung von unten nach oben und eine aggressive sozialpolitische Gegenreform – das ist die Konstellation, in der die EU sich gegenwärtig befindet. Es gehört zu einer wissenschaftlich sauberen Analyse festzustellen, dass es sich hierbei weder um objektive Sachzwänge noch in erster Linie um das Ergebnis wissenschaftlicher Irrtümer handelt, die es jetzt schnell gemeinsam zukorrigieren gilt. Sie ist vielmehr das Resultat einer interessengetriebenen Strategie, die sich eine enorme ideologische Unterstützung durch die Hauptströmungen der Wirtschaftswissenschaft, der Politik und der Medien organisieren konnte. Der Versuch einer Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der EU ist daher weder allein noch in erster Linie eine akademische Übung. Sein Erfolg hängt nicht nur von den besseren Argumenten, sondern auch davon ab, ob es gelingt, die besseren Argumente in einer breiten öffentlichen Diskussion so zu vermitteln, dass sie zur demokratischen politischen Kraft werden und sich gegen den absehbaren harten Widerstand derer durchsetzen kann, die von den gegenwärtigen Zuständen profitieren. Auf der anderen Seite können wir auch davon ausgehen, dass diese Kraft umso eher und besser zustande kommt, je klarer und überzeugender die Argumente gegen die aktuelle und für eine andere Wirtschaftspolitik werden.

In Anlehnung an die Fehlerdiagnose für die europäische Politik möchte ich daher folgende große Eckpunkte für eine solche Neuorientierung zur Diskussion stellen:

1. Erstens sollten wir uns auf europäischer Ebene auf *Regeln für die Konkurrenz* einigen. Es kommt darauf an, diese Konkurrenz wieder in einen gemeinsamen gesellschaftlichen Rahmen rechtlicher und sozialer Standards einzubetten, der das Kaputt Konkurrieren ganzer Gesell-

schaften verhindert. Beim gegenwärtigen Stand der Integration und angesichts der großen Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern können diese Standards nicht sofort überall gleich sein. Der Weg zu ihrer Angleichung wäre die Vereinbarung gemeinsamer Mindeststandards, die schrittweise nach oben zu harmonisieren sind und kein Hebel der Standortkonkurrenz sein sollten. Zu diesen Regeln gehört auch die Verständigung darüber, welche Bereiche in den Mitgliedsländern grundsätzlich nicht der ökonomischen Konkurrenz unterworfen werden sollten, sondern als öffentliche Bereiche zu organisieren sind, und zwar nicht als enge und immer umstrittene Ausnahmen vom ansonsten universell gültigen Prinzip der Konkurrenz, sondern als eigenständige Alter nativen mit eigenen Rechts- und Organisationsformen, in denen öffentliche Aufgaben zu erfüllen sind und die transparent gestaltet und gründlich demokratisiert werden sollten.

2. Zweitens sollte die EU einen **gesamtwirtschaftlichen Steuerungsrahmen** schaffen, der nachhaltiges Wachstum und existenzsichernde Beschäftigung für alle fördert. Die Geldpolitik und Finanzpolitik sollen aus ihrer Beschränkung auf Preisstabilität bzw. Haushaltsausgleich herausgelöst und in einen breiteren Rahmen einer gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik gestellt werden, in dem Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, ökologische Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit die entscheidenden Zielmarken sind. Hauptpunkte einer solchen Politik sind koordinierte öffentliche Investitionsprogramme zur Verbesserung der Infrastruktur und zum ökologischen Umbau der Wirtschaften in Europa; Ausbau des öffentlichen Dienstleistungssektors; schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit. Die Umverteilung von unten nach oben sollte nicht nur durch die Gewerkschaften durch eine härtere Lohnpolitik, sondern auch von staatlicher Seite durch eine gerechtere Steuerpolitik und durch gesetzliche Mindestlöhne gestoppt werden.

3. Drittens soll die EU auch in der **Sozial- und Strukturpolitik eine sehr viel aktivere und auch direktere Rolle spielen, um den sozialen und regionalen Zusammenhalt zu fördern**. Dabei soll die Unterschiedlichkeit und Vielfalt der sozialen Systeme in den Mitgliedsländern nicht abgeschafft werden. Es ist aber sehr wohlmöglich, den sozialen Zusammenhalt durch soziale Mindeststandards – z.B. für eine Sozialleistungsquote oder die Ausstattung mit ÄrztInnen oder LehrerInnen – zu stärken. Auch direkte Transferleistungen aus einem vergrößerten, demokratischer organisierten und gerechter finanzierten europäischen Haushalt – beispielsweise 50 € monatlich für jede und jeden der 80 Millionen Armen in der EU - könnten eine wesentliche Rolle beim Kampf gegen die Armut in Europa spielen. Sie könnten vermut-

lich auch einen Teil der Anerkennung und Identifikation der Menschen mit der Gemeinschaft zurückgewinnen, die durch die neoliberale Politik verloren gegangen sind.

Das alles ist natürlich leichter gesagt als getan. Es widerspricht einerseits dem neoliberalen Mainstream und den dahinter stehenden mächtigen Interessen. Es ist aber auch darüber hinaus kompliziert und wirft Fragen auf, zu denen die Antworten sich auch bei uns, bei den KritikerInnen des Neoliberalismus unterscheiden und teilweise widersprechen. Ich betrachte diese Konferenz als eine Gelegenheit, diese Probleme hier in vielen Workshops auszubreiten, zu diskutieren und dadurch einer gemeinsamen Position ein Stück näher zu kommen. Diese Chance sollten wir freudig nutzen und die Ergebnisse – oder Zwischenergebnisse – unserer Diskussionen laut in die Öffentlichkeit tragen, mit dem Ziel, möglichst viele Menschen von der Richtigkeit unserer Argumente zu überzeugen, und sie zu einem Engagement zu bewegen, damit die Kräfte zusammenkommen, die dann schließlich in der Lage sind, die politischen Verhältnisse zu verändern und die europäische Wirtschaftspolitik - und die europäische Wirtschaft! - gründlich zu demokratisieren..